



Koblenz – Magnet am Deutschen Eck:
Die Stadt zum Bleiben.

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.:	BV/0635/2010/1		Datum:	20.09.2010			
Oberbürgermeister							
Verfasser:	36-Umweltamt	Az:					
Gremienweg:							
04.11.2010	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
25.10.2010	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		nicht öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:	Elektro-Mobilität in Koblenz						

Beschlussentwurf:

Bezug nehmend auf den Antrag der CDU-Ratsfraktion „Förderung der Elektromobilität“ (AT 0051/2010) beschließt der Stadtrat, dass die Verwaltung das Projekt „Elektromobilität in Koblenz“ – „Koblenz verwandelt sich in eine R(h)eine Klimazone“, wie nachfolgend dargestellt, umsetzen soll. Die Projektlaufzeit beträgt zunächst 3 Jahre. Zu diesem Zweck werden im konsumtiven Haushalt des Umweltamtes - Kostenstelle K360000G01 / Produkt 5611 Umweltschutzmaßnahmen - (vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsberatungen) jeweils in den Jahren 2011, 2012 und 2013 (Komplementär-) Haushaltsmittel in Höhe von 70.000 Euro zur Verfügung gestellt, wovon 35.000 Euro über einen Zuschuss des Landes teilfinanziert werden. Über die Aufbringung des städtischen Anteiles sind weitere Gespräche zu führen.

Begründung:

Die Verwaltung hatte gemeinsam mit der Kevag damit begonnen, ein Konzept zur Implementierung der Elektromobilität in Koblenz zu erarbeiten. Über den Sachstand wurde der Umweltausschuss zuletzt in der Sitzung am 16.06.2010 unterrichtet. Insoweit wird auf die Sitzungsniederschrift zu Tagesordnungspunkt 3 vom 09.07.2010 verwiesen.

Der Antrag der CDU-Ratsfraktion „Förderung der Elektromobilität“ wurde vom Stadtrat am 28.05.2010 in den Umweltausschuss verwiesen. Die dort aufgeführten Punkte und Vorgaben werden im Projekt alle aufgegriffen und einbezogen.

Mit dem Land Rheinland-Pfalz (Umwelt- und Wirtschaftsministerium) wurden Gespräche geführt und das Land hat die Förderung des Projektes mit 50 % zugesagt. Koblenz kann hiermit im nördlichen Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle zur Elektromobilität einnehmen.

Daher ist die Förderung des Projektes für das Land von großem Interesse. Koblenz wurde infolgedessen in das gerade eingerichtete Landes-Netzwerk Elektromobilität eingebunden. Dieses Netzwerk besteht aus den genannten Landesministerien, wissenschaftlichen Einrichtungen, Unternehmen und der kommunalen Ebene.

In diesem Landes-Netzwerk geht es vor allem um die aktuelle Erprobung der Elektromobilität in der Praxis (Feldversuche), den Erfahrungsaustausch und die wissenschaftliche Begleitung.

Ziel des Modellprojektes ist, die Implementierung und Verbreitung der elektromobilen, zukunftsfähigen Verkehrsgestaltung für Koblenz voran zu bringen.

Hierzu werden im Rahmen des Modellprojektes für Koblenz praktische Feldversuche mit Elektrofahrzeugen unterschiedlicher Art durchgeführt, die Einrichtung von entsprechender Infrastruktur (Ladeinfrastruktur, Fahrrad-Verleihsysteme etc.) auf den Weg gebracht, die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt und das Projekt im Hinblick auf den Ergebniserfolg für die dauerhafte Umsetzung von Elektromobilität wissenschaftlich begleitet und ausgewertet.

Die Ergebnisse sollen anschließend übertragbar sein auf andere Kommunen.

Das Projekt umfasst zwei grundsätzliche **Phasen**:

- Maßnahmen und Aktionen während der BUGA
- Maßnahmen und Aktionen nach der BUGA (inkl. Folgenutzung von Infrastruktur der BUGA-„Phase“)

Bausteine des Projektes:

1. Maßnahmenkonzepte für ausgewählte Anwendergruppen

Folgende **Zielgruppen** sind im Hinblick auf ihren Anwendungsbedarf und damit verbunden dem praktischen Nutzen der Ergebnisse aus den Feldversuchen für das Projekt vorgesehen:

- ◆ Besucher der BUGA und Touristen insgesamt (touristische Angebote sind prädestiniert für Elektromobilität, insbesondere Pedelecs mit Verleihsystemen)
- ◆ Mobile Pflegedienste im medizinischen Bereich (großer Bedarf im Stadtverkehr und großes Interesse an der Erprobung)
- ◆ Stadtverwaltung (Vorbildfunktion, Beitrag zu Luftreinhaltung und Lärminderung als kommunale Aufgabe).

Die **Konzeptionen** umfassen:

- ◆ Untersuchung der technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Anforderungen der Zielgruppen an Mobilität bzw. Elektromobilität.
- ◆ Auswahl und Erprobung geeigneter Elektro-Fahrzeuge (Pedelecs, Roller, Segways, PKW und Nutzfahrzeuge).
- ◆ Kombination von Elektro-Fahrzeugen mit anderen Verkehrsträgern, insbesondere dem ÖPNV, inklusive Kombitickets (z.B. ÖPNV-Fahrkarte und Ausleihe eines Elektrofahrzeuges).
- ◆ Auswahl effizienter und funktionaler Ladeinfrastrukturen (für Elektrofahräder, PKW etc.) inklusive geeigneter Standorte sowie die Auswahl geeigneter Eigentums-, Finanzierungs- und Betriebskonzepte.

2. Lokales Netzwerk:

Zur Umsetzung und Begleitung des Projektes soll auf lokaler Ebene ein Netzwerk der verschiedenen lokalen Akteure im Bereich der Elektromobilität eingerichtet werden, um alle Interessierten einzubinden und die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten für das Projekt zu nutzen.

Dazu gehören: Stadt, Energieversorger, Hersteller, Händler, Wissenschaft, Kreditgewerbe, Anwender, Interessensverbände/IHK, Hwk, Dehoga und weitere Experten.

3. Öffentlichkeitsarbeit

Zur erfolgreichen Implementierung und Verbreitung der Elektro-Mobilität wird das Projekt durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit begleitet, um das Thema bekannt zu machen und zu informieren.

4. Wissenschaftstransfer und Austausch mit dem Landes-Netzwerk

Der Wissenschaftstransfer und vor allem der Austausch innerhalb des Landesnetzwerkes dienen dem gegenseitigen „Lernen“ aus der praktischen Umsetzung (Optimierung und Verbreitung erprobter und geeigneter Mobilitätskonzepte, Austausch zu Strategien und geeigneten Betriebskonzepten, Austausch zu technischen Erfordernissen etc.).

Koordination und Projektmanagement

liegen federführend bei der Stadt Koblenz/Umweltamt, in enger Zusammenarbeit mit der Kevag.

Kosten/Finanzierung:

- ◆ Das Förder-Projekt ist zunächst auf 3 Jahre angelegt (mit der Option einer Verlängerung um 2 Jahre),
- ◆ Das vorgesehene Gesamtbudget (also inklusive der 50 % Förderung) über die 3 Jahre beträgt 499.900,
- ◆ Die Fördermittel werden entsprechend der jeweiligen Ausgabenbelastung durch Stadt und KEVAG beantragt,
- ◆ Die notwendigen Komplementärmittel teilen sich Stadt und KEVAG,
- ◆ Für die Stadt Koblenz sind insofern über 3 Jahre jährlich 70.000 Euro im konsumtiven Haushalt des Umweltamtes für dieses Projekt einzustellen (Teilfinanzierung über anteilige Landeszuwendung in Höhe von 35.000 Euro),
- ◆ Die KEVAG finanziert die verbleibende Summe,
- ◆ Damit bringt sich die Stadt insbesondere in den Bereichen Projektmanagement und Koordination (federführend), der Öffentlichkeitsarbeit (federführend), der Beteiligung an den Feldversuchen und der Maßnahmenkonzeption ein; in enger Zusammenarbeit mit der KEVAG,
- ◆ Darüber hinaus wird die finanzielle Beteiligung Dritter im Rahmen des lokalen Netzwerkes gesucht.

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig wird sich mit der Aufsichtsbehörde dahingehend verständigen, dass, da es sich um freiwillige Ausgaben handelt, diese der Bereitstellung der Haushaltsmittel zustimmt. Insbesondere unter dem Blickwinkel der finanziellen Förderung der Maßnahmen durch das Land und dem öffentlichen Interesse an der Entwicklung einer auf Elektro-Mobilität ausgerichteten Infrastruktur erscheint dies realistisch.

Der Umweltausschuss hat der Vorlage in seiner Sitzung am 17.09.2010 einstimmig bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der Beschlusstenor wurde wie folgt ergänzt:

Über die Aufbringung des städtischen Anteiles sind weitere Gespräche zu führen.

Anlagen:

Antrag der CDU-Ratsfraktion zur Förderung der Elektromobilität in Koblenz
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Ratsfraktion

